

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 32.- M., bei Selbstabholung 27.75 M. — Preis der Einzelnummer 1.50 M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 **Postkontonr. Nr. 53477** :: :: **Postkontonr. Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598

**Inseratenpreise:** Die 8spaltige Kolonelle oder deren Raum 6.— M., bei Platzvorschrift 7.20 M.; Familienanzeigen, die 8spaltige Zeile 4.80 M.; Nekrolog-Kolonelle 24.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721  
Schluss der Inseraten-Nahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen!

Nach allen Berichten aus dem ganzen Reich hat die Kundgebung für unsere gemeinsamen Forderungen zum Schutze der Republik am letzten Dienstag unter gewaltig gesteigerter Anteilnahme des arbeitenden Volkes stattgefunden. Die Erwartungen, die wir an unseren Aufruf vom 30. Juni geknüpft hatten, sind damit in vollem Maße erfüllt.

Leider sind die Demonstrationen an einzelnen Orten durch Ausschreitungen gestört worden. Wir müssen feststellen und bedauern, daß in diesen Fällen unsere

**Warnungen vor Provokationen nicht genügend beachtet**

wurden. Insbesondere müssen wir es öffentlich verurteilen, daß Handlungen begangen wurden, die ein Hohm auf die jetzt so dringend nötige Einigkeit der Arbeiter sind.

Wir haben uns bei der Aufstellung unserer gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni gegenseitig verpflichtet: „diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.“ Ferner haben wir von der gesamten Arbeiterschaft die Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens durch solidarische Massendemonstrationen verlangt, sobald wir dazu aufrufen. Zugleich haben wir unsere Mitglieder aber auch

**zu geschlossener Disziplin und absoluter Einigkeit verpflichtet.**

Jetzt verhandelt der Reichstag über die Gesetzesvorlagen, in denen unsere Forderungen verwirklicht werden können. Das Ergebnis dieser Beratungen, die nach Möglichkeit beschleunigt werden, wird unsere weiteren Entschlüsse bestimmen.

Darum ist jede Taktik einer einzelnen Organisation, die darauf ausgeht, sich selber im Gegensatz zur anderen als bes-

onders eifrig hinzustellen, die Absicht der anderen aber herabzusehen und zu verdächtigen, besondere Kampfmethoden zu propagieren und die Aktion entgegen den gemeinsamen Beschlüssen auf eigene Faust weiterzutreiben, aufs entschiedenste zu verwerfen.

**Gewerkschaftsmitglieder, Genossen,**

**zeigt denen die Tür,**

die jetzt in Wort oder Schrift eure Einigkeit stören oder euch zu Taten verleiten wollen, die nicht unseren gemeinsamen Forderungen und den von uns gemeinsam ausgegebenen Parolen entsprechen. Die so handeln, gehören nicht zu uns. Lehnt jede Gemeinschaft mit ihnen ab und weist, wo ein solcher Störenfried in den eigenen Reihen auftritt, ihn gebührend in die Schranken.

Die kommunistische Partei hat sich geweigert, den vorstehenden Aufruf, wie auch schon den gemeinsamen Aufruf vom 3. Juli, der vor Provokateuren warnte, zu unterzeichnen. Damit ist die SPD. aus der Aktionsgemeinschaft der unterzeichneten Organisationen ausgeschlossen. Die Unterzeichneten verpflichten sich und ihre Anhänger desto nachdrücklicher, die in diesem Aufruf festgestellten gemeinsamen Grundzüge aufs genaueste zu beachten.

Berlin, den 7. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Leipzig. **Grahmann.**

Allgemeiner freier Angestelltenbund.  
Auffhäuser. **Sch. Stähr.**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.  
Müller. **Braun.**

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.  
Crispien. **Dittmann. Ledebour.**

Unterbindung der wilden Devisenspekulation an den deutschen Börsen zu ergreifen. Man ist in Regierungskreisen der Auffassung, daß die augenblickliche ungewöhnliche Unterbewertung der Mark im deutschen Inlande in den tatsächlichen Verhältnissen keine ausreichende Begründung findet.

## Beziehungen der russischen zu den deutschen Monarchisten.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der roten Fachzeitschrift *Karl Kadel* heute über die Verbindung der russischen Monarchisten in Bayern mit dem Zentrum der deutschen Monarchisten. Er erinnert an den Kongress von Reichenthal, der durch die Finanzhilfe der deutschen Monarchisten organisiert wurde und auf dem die deutschen Monarchisten durch Schneider, Richter und Pflaum vertreten gewesen seien. Die monarchistischen russischen und deutschen Organisationen ständen in engerster Verbindung. Die Leitung der Verbindung läge in Berlin in den Händen der monarchistischen Kreise, in den Händen des deutschen Majors v. Pflaum, eines der Leiter der Organe der Organisation. Sein Adjutant sei der Rittmeister Egon v. Stern. Kadel nennt noch eine ganze Anzahl von Namen. Er behauptet, daß die ganze Gruppe in die Ermordung Rasbolskoffs verwickelt sei. Diese Tatsachen seien sogar der deutschen Polizei sehr gut bekannt. Kadel behauptet, daß ihnen deshalb nichts geschähe, weil Herr Barthelemy, die rechte Hand Weismanns, in enger Verbindung mit Wrangel, Orlov und mit dem Leutnant Glebov, dem früheren Kundschafter Judenitsch, und mit dem General Davidow, dem russischen Informator der deutschen weißen Organisationen, stehe. Diese lieferten Weismann das hauptsächlichste Material gegen die Funktionäre Sowjetrußlands. Da sie mit der deutschen Schutzmannschaft in enger Verbindung standen, waren sie vorzüglich über jeden Schritt derselben unterrichtet. Die russischen Monarchisten benachrichtigten auf der andern Seite die deutschen Monarchisten. So sei ein ganz enges Zusammenarbeiten festgestellt. Kadel schreibt weiter:

„Wenn es der deutschen Schutzmannschaft gelingen sollte, die Mörder Rathenaus ausfindig zu machen, so geschieht das „ohne ihre Schuld“. Aber was ihr ohne Zweifel nicht gelingen wird, ist, die ausfindig zu machen, die hinter dem Rücken der Mörder stehen. Die deutsche Regierung gestikuliert zur Zeit sehr heftig, aber hier sei offen erklärt, daß sie häufig genug über das Bestehen dieser organisierten, terroristischen internationalen Vorbereitungen informiert worden ist, daß sie sich aber den Anzeichen gegeben hat, als ob sie diesen Informationen nicht glaube, da sie den politischen Kampf mit den Weissen fürchtet, sogar mit den russischen Weissen zu ergreifen verbot, daß das Außenministerium auf jeden Fall Verbindung unterbricht. Rathenau ist das Opfer der feigen Politik der Regierung geworden, zu der er gehört hat.“

Es wird gut sein, wenn man diesen Behauptungen einmal etwas näher nachsieht.

## Koalitionspolitik und Einigungsfrage auf der sächsischen Landeskonferenz der SPD.

Die am Sonnabend und Sonntag in Chemnitz abgehaltene Landeskonferenz der SPD. stand unter dem Eindruck der politischen Ereignisse der letzten Wochen. So ist es verständlich, daß die Fragen der Koalitionspolitik und der sozialistischen Einigung im Vordergrund standen und alles andere zurückdrängten. Der Nord an Rathenau, der nur ein Glied ist in der Kette der gegenrevolutionären monarchistischen Aktionen, hat die Situation blühartig erhellt und die Gefahr aufgezeigt, in der sich die Republik befindet. Niemand ist der unüberbrückbaren Gegenfah zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und dem konterrevolutionären Bürgertum so offenbar geworden; niemals ist die Unmöglichkeit, die Klassengegensätze zu überbrücken und auszuföhnen, so deutlich zutage getreten; und niemals hat sich den Arbeitern und allen wahrhaften Republikanern mit so zwingender Logik die Erkenntnis aufgebrängt, daß der organisatorischen Zerrissenheit der Arbeiterklasse so bald als möglich ein Ende gemacht und der Konterrevolution die Einheitsfront des Proletariats entgegengestellt werden muß. Die gewaltigen Demonstrationen der letzten Wochen haben gezeigt, daß die Arbeiterschaft das Gebot der Stunde begriffen hat.

In Sachsen ist die Sehnsucht nach der politischen Einheitsfront besonders stark. Dazu haben die Erfahrungen der letzten Jahre beigetragen. Das zeigt sich besonders deutlich in der entschiedenen Ablehnung der sogenannten großen Koalition (mit der Deutschen Volkspartei), die ein Redner auf der Chemnitzer Tagung als ein völlig verfehltes Experiment bezeichnete, an das nie wieder gedacht werden könne.

In Sachsen besteht aber auch seit zwei Jahren eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft, die im schärfsten Kampf mit dem vereinigten Bürgertum steht, und deren Vorteile den Arbeitern immer mehr zum Bewußtsein kommen. Kein Wunder also, wenn gerade die sächsische Arbeiterschaft nach einer klaren politischen Stellungnahme und zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront drängt. Dieses Drängen der Massen nach Klarheit kam in Chemnitz treffend zum Ausdruck. Mögen sich auch einige prominente Führer noch nicht völlig freimachen können von Traditionen und der Ueberhöhung der demokratischen Form, die Massen sehen nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt. Sie wollen keine Halbheit, sondern klare Bahn und offenen Kampf für den Sozialismus.

Eine Resolution des Chemnitzer Bezirkes bildete den Ausgangspunkt für die Debatte zur Koalitionspolitik. Sie verlangte, daß die Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen abgelehnt werde. Der Versuch des Landes-Arbeitsausschusses, diesen Passus zu streichen, fand lebhaften Widerstand, obwohl ausdrücklich versichert wurde, es handle sich nicht um eine Ablehnung des Passus, man halte die Formulierung nur mit Rücksicht auf den Beschluß der vorjährigen Landesversammlung, die vorsehe, daß über diese Frage in jedem Falle ein Parteitag entscheide, für überflüssig. Der Widerstand zeigt, daß man eben völlige Klarheit haben wollte. Der weitere Vorschlag, die Worte „unter allen Umständen“ durch „entschieden“ zu ersetzen, hätte weniger Widerstand gefunden, wenn nicht Ministerpräsident Buch in wenig geschickter Weise eingegriffen und den Anschein erweckt hätte, als solle sich die Partei ein Hintertürchen offen lassen. Es ist immerhin erfreulich, daß er mit seiner nicht zweifelsfreien Haltung allein blieb und die Minister Follisch und Zeigler von ihm abrückten. Eine völlige Verleugnung war es, wenn ein Leipziger Delegierter davon sprach, daß sich die Taktik der SPD. bewährt habe, während die der USP. von ihr ausgegeben worden sei. Wir wollen in diesem Zeitpunkt, der anderes von uns fordert, nicht in eine Erörterung eintreten, wer im wesentlichen recht behalten hat, aber wir dürfen, wenn die Freunde von rechts an eine Wandlung der USP. reden, daran erinnern, daß die SPD. mit ihrem Göttinger Beschluß, der die Koalitionspolitik in Preußen zur Folge hatte, Schiffbruch gelitten hat. Gerade diese Erfahrung hat ja die Stimmung in Chemnitz so wesentlich beeinflusst. Aber es kommt auch gegenwärtig nicht darauf an, die früheren Fehler heranzuziehen, sondern darauf, die Erfahrungen zu verwerten und weitere Fehler im Interesse der Arbeiterklasse zu vermeiden.

Im engsten Zusammenhange mit der Koalitionsfrage steht die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien, denn nur durch eine einige zielklare Arbeiterschaft kann der Reaktion ein haltbarer Damm entgegengesetzt und der Gedanke an die große Koalition endgültig niedergelämpft werden. Diese Erkenntnis gewinnt in beiden sozialistischen Fraktionen immer mehr an Boden. Der Beschluß der Leipziger Funktionäre bietet dafür einen sprechenden Beweis. In Chemnitz wurde dieser Beschluß stürmisch begrüßt, und eine Entschließung gefaßt, die den ernsten Willen zur Vereinigung zeigt. Damit ist ein weiterer bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege zur politischen Verständigung und Einigung getan. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die der organisa-

Ein Dollar = 550 Mark.

## Gesuch um Zahlungsausschub.

Berlin, 8. Juli. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung sich zu einem Moratoriumsgesuch entschlossen mit dem Ziel, die Barzahlung auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, um so eine Atempause zu bekommen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Staatssekretäre Fischer und Schröder sind heute nach Paris abgereist, um mit den Mitgliedern der Reparationskommission in Verbindung zu treten. Später dürfte Staatssekretär Bergmann folgen.

Die Delegation weiß sogar noch zu berichten: „Es ist wahrscheinlich, daß mit der Reparationskommission eine Verständigung über das Moratoriumsgesuch erzielt wird. Jedenfalls ist die Frage der Zahlung am 15. Juli auf alle Fälle geklärt, so daß für diese Zahlung keinerlei Komplikationen zu befürchten sind.“

## Die Stimmung in Paris und London.

Der außerordentlich schnelle Marksturz in den letzten Tagen hat die politischen und Finanzkreise in Frankreich und England ungescheut; sie sehen große Gefahr auch für sich, deshalb suchen sie nach Anstufungsmitteln, dem weiteren Marksturz zu steuern. Jeder die Stimmung und Absichten der Staatsmänner Frankreichs und Englands unterrichten nachfolgende Meldungen:

Paris, 8. Juli. Der Londoner Berichterstatter des *Journal* teilt mit, am kommenden Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz Lloyd Georges abgehalten werden, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen werde. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George sich mit Außenminister Schanzer über die Einberufung des Obersten Rats verständigt habe, und daß letzterer heute hierüber in Paris mit Poincaré verhandeln werde. Lloyd George habe nach Western abend vor seiner Abreise aufs Land mit dem Schatzkanzler Horne gesprochen, der seinerseits sich sofort zu Chamberlain ergeben habe. Letzterer habe ihn sogar im Krankenzimmer empfangen. Die Unterredung habe sich auf die deutschen Zahlungen und auf die Kriegsschulden der Alliierten bezogen.

Paris, 8. Juli. In Paris herrscht beträchtliche Aufregung über die Meldung, Deutschland verlange ein neues Moratorium. Der furchtbare Marksturz der Mark erweckt hier weitverbreitete Befürchtungen, einmal wegen des Zusammenbruchs der Reparationszahlungen, zum andern aber fürchtet man auch ernstlich für den Frankens, da das Schicksal des französischen Frankens mit dem der deutschen Mark aufs engste verknüpft ist. Wie vermeldet, will die französische Regierung das Morgan-Komitee zu sofortigem neuem Zusammenritt veranlassen. Die Reparationskommission ist heute zu einer dringenden Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Paris, 8. Juli. Wie in hiesigen politischen Kreisen vermeldet, beabsichtigt die französische Regierung, im Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen über das Moratorium der Reparationskommission darauf zu drängen, daß die deutsche Regierung sich endlich dazu aufraffe, energetische Maßnahmen zur